



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Josef Seidl** und **Fraktion (AfD)**

Haushaltsplan 2021;

**hier: KMU II – Zuschüsse und sonstige Ausgaben zur Förderung der Betreuung von Existenzgründern und Betriebsübernehmern durch Beratung und Fortbildung sowie Finanzierung gezielter Maßnahmen zur Verbesserung der Gründungsdynamik und des Gründungsklimas
(Kap. 07 03 Tit. 683 13)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2021 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 07 03 Tit. 683 13 wird der Ansatz von 1.800,0 Tsd. Euro um 600,0 Tsd. Euro auf 2.400,0 Tsd. Euro erhöht.

Die Deckung erfolgt aus den in Kap. 03 13 Tit. 517 11 eingesparten Mitteln.

Begründung:

Im internationalen Vergleich, insbesondere mit den USA und dem Vereinigten Königreich, fehlt es Deutschland und Bayern an Volumen im Bereich Beteiligungs- und Wagniskapital durch private Investoren (sog. „Private Equity“). Aufgrund des beschränkten Zugangs zum öffentlichen Kapitalmarkt ist Wagnis- und Wachstumskapital für Startups von besonderer Bedeutung. Risikokapitalfinanzierungen erfolgen in der Regel durch Eigenkapital oder einen Mix von Eigen- und Fremdkapital (Hybrid-/Mezzanine-Kapital). Hier hinkt Deutschland im internationalen Vergleich noch immer hinterher. So lag der Anteil von Wagniskapitalinvestitionen am BIP in Deutschland mit 0,02 Prozent unter dem gesamteuropäischen Durchschnitt von 0,03 Prozent.

Das rückläufige Produktivitätswachstum und die Zombifizierung der bayerischen Wirtschaft sind u.a. auf eine sinkende Gründungsdynamik zurückzuführen. ²⁰ Wurden im Zeitraum 2007 bis 2009 46 Prozent (64 Prozent) der Early Stage (Later Stage)-Investments in Bayern und Baden-Württemberg getätigt, so waren es zwischen 2016 und 2018 nur noch 28 Prozent (27 Prozent). Auch die Bedeutung anderer Flächenländer ist tendenziell rückläufig.

Eine erfolgreiche Gründerszene einer Volkswirtschaft stärkt also maßgeblich ihre Innovationskraft. Die Anzahl der Gründungen in den letzten Jahren war stark rückläufig. Da Gründungsförderpolitik immer auch Innovationspolitik ist, sollten die hemmenden Barrieren zur Innovationsförderung in den Förderprogrammen deutlich reduziert werden.